

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Badischer Beobachter. 1863-1935 1901**

161 (18.7.1901) 2. Blatt



Erscheint täglich mit Ausnahme Sonntag und Feiertags in Karlsruhe in's Haus gebracht vierteljährlich 2 M. 60 Pfg. (monatlich 55 Pfg., wenn in der Expedition oder in den Agenturen abgeholt), durch die Post bezogen vierteljährlich 3 M. 25 Pfg., mit Bestellgeld 3 M. 65 Pfg.

Bestellungen werden jederzeit entgegengenommen.

# Badischer Beobachter.

Post-Zeitungs-Liste 798.

Samstags-Beilage:  
Das illustrierte achtsseitige Unterhaltungsblatt  
„Sterne und Blumen“.

Telephon-Anschluß-Nr. 535.

Anzeigen: Die sechspaltige Zeile oder deren Raum 20 Pfg., Werklamen 50 Pfg. Bei öfterer Wiederholung entsprechender Rabatt. Inserate nehmen außer der Expedition alle Annoncen-Bureaus an.

Redaktion und Expedition:  
Häblerstraße Nr. 42 in Karlsruhe.

Nr. 161. 2. Blatt.

Donnerstag, den 18. Juli

1901.

## \* Agitation und Taktik des Bundes der Landwirthe.

Es gibt keine andere Partei, die so viele Neugierde mit der Socialdemokratie hätte, wie der Bund der Landwirthe, der gerade das Gegenheil von dem verfolgt, was die Socialdemokratie will. So paradox das klingt, so richtig ist es. Beide Parteien vertreten einseitige Interessen in einseitiger Weise, der Bund der Landwirthe kennt nur das Interesse der Landwirthe; die Socialdemokratie nur das der Arbeiterklasse. Die Socialdemokratie will von sich glauben machen, sie sei die einzige Partei, die es mit der Sorge für die Arbeiter ernst nehme; der Bund der Landwirthe behauptet dasselbe von sich in Bezug auf die Landwirthe. Die Socialdemokratie stellt meistens unerfüllbare Forderungen und will alles auf einmal; der Bund der Landwirthe greift mit seinen Forderungen möglichst hoch, so daß ebenfalls für ihn keine Aussicht ist, seine Forderungen zu erreichen. Der Bund der Landwirthe agitirt überall in der reichlichste Weise gerade so wie die Socialdemokratie.

Wenn diese beiden Parteien trotzdem einander so feindselig gegenüber stehen, so kommt es fast nur von der Verschiedenheit der Interessen, die sie vertreten, nicht von der Art, wie sie diese vertreten. Die eigentliche praktische Arbeiter aber für Landwirthe sowohl als für die Arbeiter, leisten nicht Bund der Landwirthe und Socialdemokratie, sondern die anderen Parteien. So findet sowohl der Bauer als der Arbeiter im Centrum eine Partei, die sich ihre Interessen in ruhiger vernünftiger Weise annimmt.

Es soll übrigens durch diese Ausführungen nicht bestritten werden, daß die Krisen beider Parteien, die so verschieden und doch so ähnlich sind, die Nothlage zweier Gewerbestände so klar als möglich zeigt, wenn auch gerade durch sie der Kampf der beiden Klassen miteinander wieder ihrer scheinbar widerstreitenden Interessen oft ein wenig sachlicher, lebensschaffendes Gepräge annimmt.

„Wir müssen kämpfen“, erklärte einst der Großvater Napoleon von Napoleon, und das ist in der That der 8. 2. der Sagen des Bundes der Landwirthe: Agitation, wie immer. Der Agitation sollen die drei Mittel des Bundes dienen: Verfammlungen, Einwirkung auf die Wahlen, Verfassung der Öffentlichkeit durch die Presse (S. 3 des Statuts). In jede preussische Provinz, in jeden Bundesstaat, in jeden Reichstagswahlkreis und in jeden Bezirk eines solchen reist der tausendfüßrige Bund ein Glied, auch wenn dasselbst die Interessensvertretung der Landwirtschaft in wirtschaftlicher und politischer Beziehung besser bestellt ist, als der Bund sie befähigen kann. Die Agitation wird so föhlich zum Hauptzweck des Bundes. Nicht umsonst hat daher der weisepolitische Bauernverein dem Bund die Thüre geöffnet.

Das Centrum sagte sich, daß die Freundschaft des Bundes der Tod der Partei sei. Der Bund hat die Konventionen aufgegeben, hat die Nationalliberalen gesteuert, die Antikontinentalen zu einer Abtheilung des Bundes degradirte und damit eigentlich die Prinzipien aller Parteien, mit Ausnahme der Linken und des Centrums, zu Tode geritten. Er hat vor ihnen die Fahne einer reichthümlichen, mit den schwersten Mängeln behafteten wirtschaftlichen Interessensvertretung entrollt und die Abgeordneten, welche von seiner Agitation bei der Wahl gezeichnet hatten, darauf einzuwirken lassen. Eine Partei, die vor Allem für die geistigen Güter, für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpft und ihre Entscheidungen mit Rücksicht auf das Wohl der Gesamtheit des Volkes faßt, kann sich nicht einem solchen Bunde in die Arme werfen.

Der Kampf um die Getreidezölle hat seinen lebensschaffenden Charakter hauptsächlich den übermäßigen Forderungen des Bundes der Landwirthe zu verdanken. Gewiß würde wohl auch ein maßvolles Eintreten für landwirtschaftlichen Zollschutz von Socialdemokraten, Nationalsozialen und dem freisinnigen Freihändlerbunde als „Brotwunder“ ausgedeutet worden sein; aber nur dem Bunde der Landwirthe ist es gelungen, daß das Wort „Brotwunder“ heute unter den Arbeitern von Mund zu Mund geht und geglaubt wird. Er hat durch seine Maßlosigkeit den brandbaren Agitationsstoff gegen sich selbst geliefert, und weil er die gesamte deutsche Landwirtschaft zu vertreten vorgibt, weil er bei der säublichen und der Industrie-Veränderung vielfach als deren Vertreter gilt und in Folge der Zugehörigkeit der „Junter“ als regierungsbefugter, so werden seine Maßlosigkeit für Forderungen der gesamten Landwirtschaft ausgegeben und die gesamte übrige Bevölkerung gegen „diese“ Landwirtschaft mobil gemacht. Das muß zum Schaden der guten Volkswirtschaft unserer Bauernstände ausschlagen, wie sie das Centrum vertritt.

Die Taktik des Bundes der Landwirthe ist, möglichst viele Wünsche und unmaßige Forderungen zu stellen, um möglichst viele Vortheile dabei für einen Stand herauszuschlagen. Ideale, Prinzipien, Sorge für religiöse und Erziehungszwecke und für Freiheit über ihn nichts. Ihm gilt nur das Reale, Kartoffeln, Spiritus, Weizen z. d. h. der Standesprofit.

Welche Gesinnung man im Bunde der Landwirthe speziell dem katholischen Kirchenwesen entgegenbringt, haben genug Beispiele auf Verfammlungen gezeigt. Wurde doch vor einigen Jahren selbst in der Generalversammlung im Circus Busch zu Berlin die katholische Kirche durch die Bemerkungen über „dogmatischen Formalismus“ und „Murmeln von Gebeten“ verhöhnt. Freilich, wenn der Bund in katholische Gegenden kommt, malt er gewöhnlich nicht in diesem „Freilicht“, sondern dämpft den Ton mit laulich-fremdlichen Berücksichtigungen für die katholischen Zuhörer; aber das währt nicht lange. Darum endigen auch gewöhnlich die Verfammlungen, welche mit süßem Blütenmilch auf die Katholiken und das Centrum begossen haben, mit einem

Geschimpfe auf die Partei der Katholiken und die von den Katholiken geschätzten und in ihren Landbeständen für Angehörige beider Konfessionen segensreich wirkenden Bauernvereine. In der Düsseldorf-Bundesversammlung am 30. Juni wurde der rheinische zu einer Religionsgesellschaft gestempelt, in Gppingen der badische mit allen anderen zu einem „parteilichen Gewächs“, das nicht viel lauge. Dabei ist es eine bekannte Thatsache, daß beide Bauernvereine, wie überhaupt alle christlichen, interkonfessionell sind, wenn sie auch vorzugsweise von Katholiken gefördert werden. Es scheint also dem Bunde die katholische Arbeit nichts zu taugen, so lange er nicht darüber verfügen kann, wie er will. Darum taugt ihm nicht der katholische Präsident des Oberlandesverwaltungsgerichts Hinteln für den Wahlkreis Duisburg-Wülheim-Muhrort, obwohl er sojagungen ein landwirtschaftlicher Beamter ist und freier dasicht als der Generalsekretär der Großindustrie Dr. Reimer; der katholische Abgeordnete Fuchs taugt nicht für St. Wendels-Dittweiler-Meißheim, obgleich von ihm mehr für den Bauernnach zu erwarten ist, als von dem königlichen Berggrath Briegle, und so lassen sich rückwärts eine Reihe von Fällen aus den letzten Jahren anführen. Dahingegen soll der Bund mit seiner durchweg protestantischen Beamtenschaft für die Katholiken taugen, und der Antikämpfer und Inker im Evangelischen Bunde, v. Pleitenberg-Medrum, ist dem Bunde gerade tauglich genug, die rheinischen Landwirthe anzuführen. Das sind Tendenzen, die bei einer Vereinigung um wirtschaftlicher Zwecke willen, wie sie der Bund darzustellen vorgibt, zum mindesten merkwürdig sind.

Dabei ist man im Bunde nicht immer ganz ehrlich. Man möchte es oft nicht sein, wenn man eine andere Ueberzeugung hat. Deshalb sollte das Centrum die gräßliche oder häßliche Flotte abtun, wie Dr. Dietrich Dahn dem Centrumsabgeordneten Szmulia anrieth, der Bund aber ungeschuldig bleiben. Darum hat die „Deutsche Tageszeitung“ es abgelehnt, „benannte Zahlen“ für die Erhebung der Getreidezölle als Forderung des Bundes anzugeben; die Sorge mögen andere Leute haben! So war es ja auch beim Antrag Kanitz. Die Forderung des Staatsmonopols im Getreidehandel wurde gestellt; über die Lösung des Problems schwebte die Agrarier aus. Hat man ihn ernst gemeint? fragt man sich da unwillkürlich. Nebenbei ist man bezüglich der Währungsfrage vorgegangen. Auch die Einbehalten von Abgeordneten und Männern anderer Parteien sind immer noch nicht aufgelöst. Und neuerdings hat der Centrumsabgeordnete Müller-Juda die Erörterungen über die Vernehmung der Friedenspräparatäre auf Verhandlungen des Bundes der Landwirthe zurückgeführt. Am bezeichnendsten für diese Herren wird aber die Ausrufung bleiben, die v. Wils 1895 in der zweiten ordentlichen Generalversammlung nach der Uebung gethan hat, in welcher der Kaiser die Agitation des Bundes im vorhergehenden Jahre getadelt hatte: „Wir werden niemals loyal sein...“ M. H. I. Die Mahnung Seiner Majestät, wir werden sie uns gern zu Herzen nehmen, wir werden unsere Agitation stets so leiten und so führen, daß wir sagen dürfen: es war ein loyales Vorgehen und es wird ein loyales bleiben... Wir müssen für die Autorität eintreten, und wenn ein hoher Staatsbeamter vor einem Jahre sagte, wir suchten die Autorität herabzusetzen — nein, meine Herren, die Autorität liegt in unserem ganzen Vorgehen, wir stützen die Autorität, aber es muß nur die richtige sein!

## Deutschland.

Berlin, 16. Juli.

\* Kaiser, Zar und König von England. Nach verschiedenen Meldungen soll eine Zusammenkunft des Kaisers, des Zaren und des Königs von England am 14. August aus Anlaß der großen Manöver bei Mainz beabsichtigt sein. Die Nachricht befaßt noch sehr der Bestätigung, um als zuverlässig gelten zu können. Nach anderen Meldungen soll es feststehen, daß der Zar feinstenfalls vor dem Anzuge des Monats September zum Besuche seiner heftigen Verwandten in Schloß Wolfsgarten eintreffen werde, der König von England aber erst in den letzten Tagen des Monats August nach Deutschland kommen wird. Verschiedene, namentlich österreichische Blätter hatten sich bereits in großartigen Betrachtungen der außerordentlichen Wichtigkeit dieser Monarchenzusammenkunft ergangen. Nun ist es möglicherweise gar nichts damit, und die schönen Betrachtungen sind ebenso vergeblich ange stellt worden wie viele andere in der Presse während dieser politisch-todten Zeit.

\* Die Berliner Bürgermeisterfrage ist von der „Freisinnigen Zeitung“, wie diese selbst zugeben muß, in ganz übertriebener Weise behandelt und aufgebauscht worden. Jetzt hat die „Freis. Ztg.“ selbst zugeben müssen, daß der Minister des Innern den Berliner Oberbürgermeister mündlich von der Verweigerung der Befähigung unterrichtet, dieser nachher durch die amtliche Benachrichtigung auf schriftlichem Wege durch das Oberpräsidium also nichts Neues mehr erfahren hat. Auch von der „Militär-Affaire“ spricht die „Freis. Ztg.“ nicht mehr. Inzwischen ist bereits an den Berliner Magistrat die amtliche Aufforderung des Ministeriums des Innern ergangen, bei der Berliner Stadtvorordneten-Versammlung die Neuwahl eines Bürgermeisters zu beantragen. Von den Gründen der Befähigungsverweigerung ist auch in diesem Schriftstücke nicht die Rede. Daran ist auf jeden Fall festzuhalten, daß die Angelegenheit in seiner Sitzung des Staatsministeriums zur Sprache gekommen ist.

\* Die Rückfahrkarten sollen auch in Oesterreich eine Gültigkeit von 45 Tagen erhalten. Ausgeschlossen davon sollen vorläufig noch bleiben die böhmische Nordbahn und die Hermannsdorf-Friedländer

Bezirksbahnen. Die Niederländische Rhein-Dampfschiffahrt macht bekannt, daß ihre Rückfahrkarte ein ganzes Jahr gelten. Das ist recht lobenswerth, aber hat wenig thatsächliche Bedeutung, da die Fahrten dieser Dampfergesellschaft wenig Anreiz bieten zur Benutzung durch Reisende, am wenigsten solche Reisende, die zum Vergnügen oder zur Erholung reisen.

München, 15. Juli. Bürgermeister Lueger von Wien wird er an ihn von Seite der hiesigen „Christlich-Sozialen“ ergangenen Einladung, nach München zu kommen, Folge leisten. Die Ankunft erfolgt Anfang August, am 4. August wird Herr Lueger im katholischen Arbeiterheim München-West sprechen.

Zuttgart, 14. Juli. Betreffs der Donatigelder wurde in der Kommission folgender Antrag mit 7 gegen 2 Stimmenthalungen angenommen:

Hohe Kammer wolle beschließen: In der Erwägung, daß angeht die rechtlichen Bedenken, welche in Abticht auf die Berechtigung zum Bezug der sogenannten Donatigelder nach mehreren Beziehungen nicht ausgeschlossen sind, eine Anbahnung der Berechtigung der Donatigelder aus dem Etat für die Zukunft durch entsprechende Erklärungen der Beteiligten in hohem Maße wünschenswert erscheint,

daß die Erreichung solcher Erklärungen jedoch nach den Mittheilungen des Ministers des königlichen Hauses vor dem Abschluß des gegenwärtigen Etats nicht mehr thunlich ist, wohl aber bis zum nächstmaligen Etat in Aussicht genommen werden darf, und daß deshalb die formelle Aufhebung der Rechtsfrage durch den Kantag im gegenwärtigen Zeitpunkte die Anbahnung geeigneter Schritte nicht erleichtert, sondern erschweren würde — unter Vorbehaltung der Geltendmachung des Rechtsanspruches — gemäß dem Antrag der Finanzkommission zu genehmigen.

Hierauf gab der Abgeordnete Gröber zugleich namens des Centrums fraktion angehörenden weiteren Kommissionsmitglieds zur Begünstigung der Stimmenthaltung folgende Erklärung ab:

Die Donatigelder haben ihren Ursprung in einem vor 1 1/2 Jahrhunderten abgeschlossenen Vertrag, dessen Bedingungen es uns unmöglich machen, für die Bewilligung solcher Gelder zu stimmen.

Wir sind nicht auf den Zusammenhang, welcher zwischen den Donatigeldern und der Bemessung der Apanagen im Hause besteht, haben wir uns bereit erklärt, die für Seine königliche Hoheit den Herzog Nikolaus erzielte Geldsumme für den Fall zu bewilligen, daß jene Bedingungen allgemein oder wenigstens für die Erziehung aufgehoben würden.

Da die Herren Staatsminister inzwischen mit den Mitgliedern des königlichen Hauses Unterhandlungen in Betreff der Donatigelderfrage eingeleitet haben, und da wir uns mit sämmtlichen übrigen Kommissionsmitgliedern in dem Wunsch einig wissen, diese Unterhandlungen thunlichst zu erleichtern, ziehen wir hier von uns und unserer politischen Freunde gestellten Anträge hienüt zurück und geben die Erklärung ab, daß wir von einer Darlegung unserer Rechtsauffassung in der Kammer der Abgeordneten zurzeit, falls wir nicht von anderer Seite zu einer solchen Darlegung genötigt werden, absehen, und bei der Abstimmung über Kap. 2 Tit. 1 des Etats uns der Stimmenthaltung enthalten werden.

Es ist demnach gute Aussicht vorhanden, daß die Sache im Sinne des Centrumsantrags erledigt wird, früher oder später.

## Ausland.

Δ Aus der Schweiz, 16. Juli. Ein polnischer Nationalist hat in Appenzel A. in der Schweiz gesammelt. Dort befindet sich ein polnisches Nationalmuseum und dergleichen. Dieser „Schak“ ist vorläufig recht unbedeutend: er betrug am 1. Februar 1899 ganze 158,991 Franken, ein Jahr später etwas mehr als 190,000 und jetzt ungefähr 230,000 Franken, entstanden aus freiwilligen Beiträgen, die namentlich aus den Vereinigten Staaten von Amerika zugeflossen sind. Man erzählt das von Neuen aus den Verhandlungen, die mit dem neuesten polnischen Geheimbund-Prozesse in Zusammenhang stehen. Der Ausschuss des Nationalclubs in Appenzel hat kürzlich einen Aufruf erlassen, in dem die Stelle vorläufig: „Das einzige Institut, das offen für die Unabhängigkeit Polens arbeitet, ist der Nationalclub. Nicht Opfer oder Almosen fordert dieses Institut von uns, sondern eine obligatorische Steuer...“ In den Sätzen des Nationalclubs wird dieser bezeichnet als „ein Sammelort, freiwillig angefaßt mit dem Ziele, die polnische Sache finanziell zu unterstützen... in gegebenen Augenblicke mit aller Kraft die entscheidende politische Aktion zu unterstützen.“ Bedauerndes Phantasien! Diese entscheidende politische Aktion wird niemals kommen; und was sollte sie ausrichten gegen die vereinten Kräfte von Preußen, Rußland und Oesterreich-Ungarn mit einer Summe, die im Verhältnis zu den gedachten Mienenaufgaben von so ungläublicher Winzigkeit ist? Man kann nicht begreifen, daß es Staatsmänner geben sollte, die im Ernste solchen Altpubestrebungen wirkliche Bedeutung beimessen. Die Bekanntheit der Winzigkeit dieses polnischen Nationalclubs kann nur von Neuen zur nachhaltigen Verabigung aller ängstlichen Gemüther beitragen.

Brüssel, 15. Juli. Nach Berichten aus Lourenço-Marques breitet sich der Abfall der Afrikaner in Folge der Hinrichtung mehrerer Afrikaner bereit aus, daß in den letzten Wochen allein 5000 Afrikaner zu den Wuren stiegen. Die Kommandos Scheepers, Herzog, Malan und Jouché sind ausschließlich aus Afrikanern (Kaplären) zusammengesetzt.

## Sociales.

Δ Haushaltungsschulen und ihr Einfluß. Ueberall hört man Klagen darüber, daß die jungen Mädchen lieber Arbeit in einer Fabrik, als eine Stellung in einem Haushalt annehmen. Gewisse Leute suchen diese Klagen als unberechtigten Eigennutz derjenigen hinzuweisen, die das Halten von Dienstmädchen sich leisten können — so als ob diese Besten nur den Mangel des Angebotes und in Folge dessen das Steigen der Dienstmädchenlöhne bedauern und wünschen, das Angebot möge wieder so reichlich wie früher werden und damit gleichzeitig niedrigere Löhne herbeiführen.

Diese Verdrängungen mögen in vereinzelten und dann natürlich tabulativen Fällen das Richtige treffen. Im Allgemeinen haben sie keine Berechtigung. Denn die schrankenlose Abwendung der jungen Mädchen von der Arbeit im Haushalt zu der Fabrikarbeit birgt tausend Schäden in sich, auch gerade für diejenigen Männer, deren Ehefrauen solche Mädchen einmal werden wollen. Ein Mädchen nämlich, das in der Führung eines Haushaltes gar keine Erfahrung sich erworben konnte, weil sie stets nur in der Fabrik arbeitete, wird eine schlechte Hausfrau sein und erst nach einer Reihe von Jahren — wenn überhaupt! — die notwendigen Kenntnisse und Erfahrungen sich aneignen, um dem Haushalte mit Erfolg vorstehen zu können. In den Händen einer guten Hausfrau bedeutet das Geld doppelt so viel, als bei einer schlechten Hausfrau; und deswegen ist diese Frage von der allergrößten Bedeutung gerade für den Erwerbstand der Arbeiter und Arbeiterinnen selbst. Und außerdem die Moralfrage eine wichtige Rolle dabei — neben vielen anderen Punkten von mehr untergeordneter Bedeutung.

Die Errichtung von Haushaltungsschulen für Arbeiterinnen und Arbeiterinnen ist darum eine höchst wichtige Angelegenheit, der man gar nicht genug Aufmerksamkeit und Pflege angedeihen lassen kann. Die Erfolge, die man bisher damit erzielt hat, sind durchaus gut zu nennen; sie ermuntern also desto mehr zur Nachahmung der bereits vorhandenen Haushaltungsschulen. Es hat sich gezeigt, daß die Abwendung der jungen Mädchen von der Arbeit im Haushalt zum Teil auch darin seinen Grund hat, daß sie die Vorzüge und Annehmlichkeiten dieser Beschäftigung gar nicht kennen und deswegen zur Fabrikarbeit greifen; daß aber die Haushaltungsschulen vielfach die natürliche Neigung der jungen Mädchen zur häuslichen Beschäftigung wieder geweckt sie nicht nur in geeigneter Weise belehrt, sondern sie auch vollkommen von der Annahme der Fabrikarbeit abgelenken und gänzlich der Hausbeschäftigung wieder zugeführt hat.

Ein gutes Beispiel dafür bietet die märkische Stadt Luckenwalde mit ihrer sehr stark entwickelten Textilindustrie und darum auch sehr starken Anreize zu weiblicher Fabrikarbeit. In dieser Stadt erhalten alle Konfirmantinnen der bestehenden vier Volksschulen während des letzten Halbjahres ihrer Schulzeit an je zwei Tagen in der Woche je drei Stunden Unterricht im Haushaltungswesen. Das Gericht, das hergestellt werden soll, wird zunächst besprochen, im Anschluß daran die Bedeutung und die Verwendung der dazu notwendigen Nahrungsmittel, ihre Zusammenlegung, ihr Nährwerth, ihr Preis. Außerdem werden dabei Unterweisungen eingehend über die beste Art der Ofenfeuerung, der Lüftung, der Behandlung von Wäsche und vieles Andere mehr. Wenn dann das Gericht fertig ist, werden die in der Lehrküche vorhandenen Fische ganz einfach, aber sauber und appetitlich gedeckt, und die Kinder haben abwechselnd das Verteilen des Fisches und das Benutzen der Speisen zu befragen. Nachher wird das benützte Geschirr abgewaschen und alles wieder in Ordnung gebracht. Am Schluß des Haushaltungskurses wird „großes Menemachen“ abgehalten, so daß die Mädchen einen Einblick in alle häuslichen Arbeiten gethan haben, wenn sie den Haushaltungskursus verlassen.

Es ist nun sehr interessant, die Folgen dieser Veranstaltung zu betrachten: mit nur ganz vereinzelten Ausnahmen haben sich die Schülerninnen, ob sie nun sonst in der Schule Gutes leisteten oder nicht, dem Haushaltungswesen mit Eifer, Aufmerksamkeit und Fleiß ergeben; und durchschnittlich die Hälfte der Schülerninnen tritt am Ende des Unterrichtes in häuslichen Dienst. Die jungen Mädchen finden Geschmack an dieser häuslichen Beschäftigung, und so hat man es in Luckenwalde durch die Einrichtung dieses Haushaltungswesens so weit gebracht, daß die Mädchen, die sonst fast ohne Ausnahme nach beendeter Schulzeit Arbeit in der heimischen Textilindustrie suchen und finden, in großer Zahl sich wieder der Arbeit im häuslichen Kreise zuwenden. Das ist ein Unternehmen, das sicherlich des Schmeißes der Welt den werth ist!

Nebenbei gute Erfahrungen hat man in anderen Städten mit den Haushaltungsschulen gemacht. So wird namentlich in neuester Zeit auch Vortreffliches berichtet über die Erfolge der neu in Götting errichteten Haushaltungsschule. Man kann nur wünschen, daß die guten Erfahrungen, die man damit an einzelnen Orten machte, Nachahmung des Beispiels in allen Städten und Bezirken erzeugen möge, wo nur irgendwie der Anreiz dazu in den gegebenen Verhältnissen vorhanden ist.

## Baden.

Karlsruhe, 15. Juli. Die Erklärung in der Anti-Duellbewegung haben bis jetzt nach der Köln. Ztg. 441 Herren, darunter 103 Herren der Aristokratie, 88 Juristen, 68 Aerzte und 46 Professoren und Oberlehrer unterzeichnet. Die Zustimmung zu der vom Infanten Don Alfons entworfenen Erklärung aus aristokratischen Kreisen ist von besonderer Wichtigkeit, da hier die Landesvorurtheile am stärksten sind. Die Unterzeichner sind zum größeren Theil Katholiken; jedoch fanden sich auch bekanntere Namen von protestantischen



